Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 90 (2010)
Heft: 979

Artikel: Der Wille ist es!
Autor: Widmer, Paul
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-168537

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nationalstaaten haben eine einzige nationale Sprache. Die Schweiz hat deren vier. Ist sie deswegen kein eigentlicher Nationalstaat? Und wenn nicht – was ist sie dann?

2 Der Wille ist es!

Paul Widmer

Sie besitzt keine gemeinsame Sprache, keine gemeinsame Religion, überhaupt kein gemeinsames Substrat. Die Schweiz besitzt nichts ausser einem gemeinsamen Willen.

Doch was bedeutet das, ein gemeinsamer Wille? Was macht eine Willensnation eigentlich aus? So leicht lässt sich dies nicht sagen. Es ist nicht wie mit dem Wohlfahrtsstaat, für den *ein* Kriterium, *eine* Frage im Vordergrund steht – wieviel gibt der Staat für die Wohlfahrt seiner Bürger aus? Bei der Willensnation stellt sich die Frage anders. Sie lautet nicht: Was will der Staat für seine Bürger?, sondern: Was wollen die Bürger für ihren Staat? Eine Willensnation besteht nicht aus dem Willen der Regierung, sondern aus jenem der Bürger. Nur sie bringen die Vitalität der Nation zum Ausdruck.

Der französische Religionswissenschafter Ernest Renan hat diesen Sachverhalt in seiner 1882 an der Sorbonne gehaltenen Rede «Was ist eine Nation?» als erster auf den Begriff gebracht. Am Beispiel der Schweiz veranschaulichte er, was eine Willensnation ist: etwas Dynamisches, *«un plébiscite de tous les jours»*; denn sie verfügt über kein statisches Fundament wie eine Sprachnation. Eine Willensnation, die ihren Willen nicht immer wieder bekräftigt, erlahmt, stirbt ab.

Natürlich braucht eine Willensnation einen Zweck. Es genügt nicht, bloss zu wollen, man muss auch wissen, was man will. Der Wille muss auf etwas gerichtet sein. Und was ist das in der Schweiz? Ganz schlicht die Freiheit. Die Deutschschweizer und die Welschen, die Tessiner und die Rätoromanen, sie alle bilden eine Nation, um ein Maximum an politischer Freiheit, ein Maximum an Freiraum und Mitbestimmung zu geniessen.

Mit ihren ausgeprägten politischen Rechten kommen die Schweizer dieser Zielsetzung ziemlich nahe. Sollte die Freiheit in der Schweiz nicht mehr höher gewichtet werden als in den Ländern ringsum, wäre die Willensnation zutiefst gefährdet. Sie hätte kaum noch eine Existenzberechtigung. Die zentrifugalen Kräfte würden dann überhandnehmen.

Eine Willensnation zu bilden, ist schwierig. Mindestens zwei Bedingungen müssen erfüllt sein. Die erste betrifft die Staatsform. Ohne den Föderalismus gäbe es keine mehrsprachige Schweiz. Wo vier Sprachen und Kulturen zusammenleben, muss die Hauptstadt mit ihren Direktiven vorsichtig umgehen. Die Schweiz ist nicht ein dezentralisiertes, sie ist ein nicht-zentralisiertes Land, keine *top down-*, sondern eine *bottom up*-Demokratie. Die alte Gemeindeautonomie wirkt noch mächtig nach. Niemand führt in Genf oder Bellinzona gern Entscheide aus,

www.lars-mueller-publishers.com

Architektur Design Fotografie Kunst Gesellschaft

die in Bern gefällt werden. Deshalb müssen alle Entscheide so bürgernah sein wie möglich. Nur was die Gemeinden und Kantone nicht selbst erledigen können, darf der Bund an sich ziehen. Jegliche Zentralisierung ist begründungspflichtig.

Heute wird der Föderalismus von vielen gerne belächelt. Er hat zweifellos viele Nachteile. Aber darob sollte man seine Vorteile nicht vergessen – von diesen werden die Nachteile mehr als aufgewogen. Der pflegliche Umgang der verschiedensprachigen Schweizer miteinander gilt überall als bemerkenswert. Sind die Schweizer folglich toleranter als andere Völker? Kaum. Fremde Sitten und Kulturen empfangen wir selten mit offenen Herzen. Wir sind nicht besser als die andern. Aber was wir den anderen voraushaben, ist Respekt vor der Gemeindeautonomie und der kantonalen Hoheit.

Das ist das Geheimrezept, das den Zusammenhalt über die Sprachgrenzen hinweg ermöglicht. Die Schwyzer und die Zürcher mochten keine besonderen Sympathien für die Waadtländer und die Tessiner hegen, als diese als selbständige Kantone zur Eidgenossenschaft stiessen. Aber sie verstanden, dass die Neulinge in ihren Kantonen allein zum Rechten schauen wollten – genauso wie sie selbst es auch taten. Dem ausgeprägten Willen, alles im kleinen Rahmen zu entscheiden, entsprach bei uns schon immer die Abneigung gegen den Zentralismus. Darin war man sich einig. Und so blieb es bis heute. Der antizentralistische Affekt kittet die Nation zusammen.

Gewiss, kein föderalistischer Staat kommt ohne einen zentralstaatlichen Rahmen aus. Etwas Allgemeinverbindliches braucht es, sonst zerfällt ein Gemeinwesen. Doch darum braucht man sich kaum zu sorgen. Alle etablierten Nationalstaaten tendieren dazu, die Macht der Zentrale zu stärken. Unter dem Schlagwort der «Effizienz» werden die Kompetenzen der Gemeinden und Kantone laufend beschnitten. Manchmal ist dies nötig, häufig jedoch nicht.

Daher sollte man den Zentralisierungstrend bremsen und die Bürgergesellschaft, die Demokratie «von unten» stärken – gerade in einer vernetzten Welt. Je komplexer die Welt, desto wichtiger werden, sozusagen kompensatorisch, lokale Lösungen. Die Bürger sollen in ihrer unmittelbaren Umgebung selbst bestimmen, wie sie ihr Gemeinwesen gestalten wollen. Das ist anspruchsvoll. Es setzt voraus, dass sie bereit sind, Verantwortung für das Gemeinwohl zu übernehmen. Man kann diese nicht einfach «denen da oben» zuschieben. Vielmehr ist jeder Bürger selbst in die Pflicht genommen.

Damit kommen wir zur zweiten Bedingung. Eine Willensnation setzt ein hohes Mass an politischer Kultur voraus. In der Schweiz drückt sich diese – in den letzten Jahren allerdings mit herben Abstrichen – in grossem Bürgerengagement, einem hohen Grad an Selbstverantwortung, einem Hang zu Konsensverfahren und einer zurückhaltenden Aussenpolitik aus.

Diese Kultur ist über die Jahrhunderte herangewachsen. Es ist schwierig, eine neue politische Kultur bewusst zu schaffen. Das zeigen die grossen Probleme der jungen Demokratien im Osten und Südosten Europas, die meistens von einem Mangel an politischer Kultur herrühren – und nicht von schlechten Verfassungen. Einem Land eine gute föderalistische Verfassung zu geben, die auf die Anliegen der nationalen Minderheiten Rücksicht nimmt, ist relativ leicht. Aber die Verfassung mit dem entsprechenden Geist im Alltagsleben umzusetzen, das ist die grosse Herausforderung, an der so viele Staaten scheitern. Selbst ein so fortgeschrittenes Land wie Belgien bekundet damit grosse Mühe.

> Der pflegliche Umgang der verschiedensprachigen Schweizer miteinander gilt als bemerkenswert. Sind die Schweizer toleranter als andere Völker?

Der nationale Zusammenhalt in der Schweiz über die Sprachgrenzen hinweg ist leidlich gut. Aber es gibt zwei problematische Entwicklungen, die man im Auge behalten sollte. Die erste betrifft einen Wandel des Minderheitenbegriffs. Dieser reduziert sich immer mehr auf die Sprache. Früher gefiel sich die Schweiz in der Vorstellung, eine Einheit aus vielen Minderheiten zu bilden. Nicht ungern sprach man von «einem Staat, zwei Religionen, drei Kulturen, vier Sprachen». Wichtig war vor allem, dass es zwei prägende Zugehörigkeiten gab: die Religion und die Sprache. Und diese deckten sich nicht. Die meisten gehörten in irgendeiner Konstellation zur Minderheit und in einer anderen zur Mehrheit. Deshalb dachte man in der Schweiz auch auffällig wenig in Kategorien von Mehrheit und Minderheit. Das hat sich mittlerweile geändert. Die Konfessionszugehörigkeit ist praktisch bedeutungslos geworden, und die Sprache bleibt als alleiniges Kriterium für die Ausscheidung in Mehrheit oder Minderheit übrig.

Kommt hinzu, dass das Eigenprofil der Kantone enorm geschwunden ist. Man betrachtet die Unterschiede in der Schweiz nicht mehr durch ein föderalistisches Prisma, in dem man die Eigenheiten des Neuenburgers, des St.Gallers oder des Tessiners notiert, obschon sich die Bürger immer noch stark mit ihren Kantonen identifizieren. Stattdessen werden die Landesteile in Sprachblökke aufgeteilt: hier die Deutschschweiz, da die Romandie, dort das Tessin. Mit erbsenzählerischer Akribie wird verbucht, wer welchen Anteil am Staatskuchen erhält. In Tat und Wahrheit sind die Gemeinsamkeiten über die Sprachgrenzen hinweg oft ausgeprägter als innerhalb der jeweiligen Sprachgemeinschaft. Die Stadtbasler und die Appenzeller oder die Genfer und die Unterwalliser haben nicht notgedrungen die gleichen Interessen.

Die Reduzierung der eidgenössischen Vielfalt auf Sprachblöcke ist ein gefährliches Unterfangen. Denn die Schweiz ist nicht ein sprachpolitisches, sondern ein staatliches Experiment. Sie erblüht von unten her, aus der Bürgergesellschaft, den Gemeinden und den Kantonen. Für eine dazwischengeschobene Kategorie von Sprachblökken gibt es keinen Platz – sie wäre Gift für die Willensnation Schweiz.

Die Willensnation Schweiz ist ein einzigartiges Modell, das sich gegen den europäischen Trend entwickelt hat.

Die zweite grosse Gefahr geht vom Prestigeverlust des Französischen aus. Französisch war einst eine Weltsprache. Heute wird es zusehends zu dem, was das Deutsche schon immer war: eine bedeutsame Regionalsprache. Das ist ein weltweiter Vorgang, dem sich die Schweiz nicht entziehen kann. Die Auswirkungen bekommt sie jedoch stärker zu spüren als nichtfranzösischsprachige oder reinfranzösischsprachige Länder. Denn die Schweiz ist darauf angewiesen, dass ihre Einwohner ein Interesse daran haben, die andern Landessprachen zu erlernen. Die Motivation zum Erlernen einer Fremdsprache hat indes viel mit deren Prestige zu tun.

Und wie steht es damit in der Schweiz? Im Welschland besitzt das Deutsche seit je wenig Prestige. Entsprechend gering ist die Lust der Schüler, Deutsch zu lernen. Doch stiessen sich die Deutschschweizer nie stark daran; sie nahmen das gleichsam als gegeben hin. Aber nun drohen ähnliche Zustände in der Deutschschweiz. Mit der Dominanz des Englischen erachten es viele als überflüssig, Französisch zu erlernen, das man in der weiten Welt kaum noch braucht. Es besteht die Gefahr, dass sich die Schweizer immer weniger in ihren Landessprachen über die Sprachgrenzen hinweg verständigen können und sich so allmählich entfremden. Das ist eine Entwicklung, deren problematische Aspekte zu wenig thematisiert werden. Es wäre an der Zeit, Gegensteuer zu geben. In unserem Land sollte das Erlernen einer zweiten Landessprache fraglos zum Kanon jeder Bildung gehören.

Schliesslich tut die Schweiz wohl daran, eine einfache Regel nie zu vergessen, mit der sie gut gefahren ist: die grösste Sprachgemeinschaft sollte mit den kleineren grosszügig umgehen. Sie soll im staatlichen Leben einen weniger grossen Anteil beanspruchen, als ihr aufgrund des Proporzes zustehen würde, dafür den kleineren Sprachgruppen mehr als nur das proportional Korrekte gewähren. Das hört sich einfach an und ist es eigentlich auch. Und doch: wieviele Minderheitenkonflikte wären Europa nach dem Zusammenbruch der Mauer erspart geblieben, wenn diese schlichte Regel in einigen Ländern angewandt worden wäre!

Die Willensnation Schweiz ist ein einzigartiges Modell, das sich gegen den europäischen Trend entwickelt hat. Fast alle Nationen formten sich um die Sprache herum. Nicht so die Schweiz. Den Kern der Nation bilden hier die politischen Rechte, die politische Freiheit. Die mehrsprachige Schweiz konnte nur entstehen, weil die Schweiz nie ganz in den Sog des Absolutismus geraten war. Sie war stets – einmal mehr, einmal weniger – eine Demokratie «von unten» und hielt an der hohen Selbstverantwortung der Gemeinden und Kantone fest. Aus der grossen Gestaltungsfreiheit auf lokaler und kantonaler Ebene erwuchs auf nationaler Ebene der Wille zum Zusammenhalt. Man wollte diese Freiheiten und Rechte gemeinsam wahren und schützen.

Das ist das Schweizer Paradoxon: die Schweiz konstituierte sich als Willensnation im Grunde gegen die Nation, sie konstituierte sich, um möglichst wenig Kompetenzen an die Nation abgeben zu müssen und stattdessen die Freiheiten beim Individuum, den Gemeinden und Kantonen zu belassen. Und es hat funktioniert. Der Föderalismus war für die Entstehung der Willensnation Schweiz eine unabdingbare Voraussetzung. Er ist es auch für ihren Bestand.

PAUL WIDMER, geboren 1949, ist Botschafter und Ständiger Vertreter der Schweiz beim Europarat in Strassburg. Er ist Autor von «Die Schweiz als Sonderfall. Grundlagen – Geschichte – Gestaltung» (2007).